

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik

40

## ›Modell Deutschland‹ Anatomie und Alternativen



Mit Beiträgen von:

J.Hirsch/R.Roth, J.Esser/W.Fach/G.Simonis,  
der Soz. Studiengruppen und J.Taeger

Außerdem:

D.Hassenpflug, M.Massarrat und R.Bahro  
zu Ökologie und Marxismus  
Diskussion R.Bleich – K.E.Lohmann

Einzelheft  
DM 9.–

im Abo  
DM 8.–

Rotbuch  
Verlag

**Probleme des Klassenkampfes**

**Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik**

Editorial. 'Modell Deutschland' - Anatomie und Alternativen .....	1
Joachim Hirsch / Roland Roth, 'Modell Deutschland' und neue soziale Bewegungen	14
Josef Esser / Wolfgang Fach / Georg Simonis, Grenzprobleme des 'Modells Deutschland' .....	40
Sozialistische Studiengruppen (SOST), Eine linke Alternative zum gescheiterten 'Modell Deutschland' .....	64
Jürgen Taeger, Die 'süße Gewalt' des Rechtsstaates .....	93
Dieter Hassenpflug, Marxismus und Industriekritik .....	114
Dokumentation: Ein Briefwechsel zwischen Mohssen Massarrat und Rudolf Bahro	133
Diskussion: R. Bleich und K.E. Lohmann zu »Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma« .....	144
Zehn Jahre Prokla .....	159

*Redaktion von links nach rechts (s. Titelbild): Willfried Spohn, Frieder O. Wolf, Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Elmar Altvater, Gerhard Armanski, Eckardt Hildebrandt, Jürgen Hoffmann (skelettführend).*

Die Prokla erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr, Gesamtumfang ca 704 Seiten jährlich. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 8.—, im Einzelverkauf 9.—. Abonnement über eine Buchhandlung oder über den Verlag. Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (32.— DM plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils sofort nach Erscheinen zugesandt.

Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH,  
Potsdamer Str. 98, 1 Berlin 30, Telefon 030 / 2611196  
(den Verlag und Vertrieb für alle früheren Hefte, Prokla 1 - 21, hat der Verlag Olle & Wolter Postfach 4310 1 Berlin 30 übernommen.)

Redaktionsadresse: Postfach 100529 1 Berlin 10 Telefon 030 / 3134913  
(Montag 16.30 - 18.30 Uhr)

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein: sie leitet sie zur Behandlung in eins der zuständigen Redaktionskollektive der Prokla weiter. Bitte Rückporto beilegen. Eine Haftung kann nicht übernommen werden.

**Prokla**

- wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«,
- die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt
- presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: B. Blanke, J. Hoffmann

© 1980 Rotbuch Verlag Berlin

Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten

Satz: Druckladen Bochum, Bochum — Druck: DRUCKHAUS Neue PRESSE, Coburg

ISBN: 3 88022 540 0

Das Titelbild hat Ilse Niketta entworfen und gezeichnet.

Prokla 40 liegen Beilagen der Verlage Ästhetik und Kommunikation, Olle & Wolter und Rotbuch bei.

## **Editorial**

### **'Modell Deutschland' - Anatomie und Alternativen**

Den Wahlkampflogan vom 'Modell Deutschland' muß man nicht zuletzt deshalb ernst nehmen und analysieren, weil in diesem Begriff eine spezifische Form gesellschaftlicher Krisenverarbeitung/-bewältigung beansprucht wird, deren Resultate nicht nur viele linke 'Krisenhoffnungen' zunichte gemacht haben. Zugleich steht das 'Modell Deutschland' mit dem Ende des gegenwärtigen Krisenzyklus und den Veränderungen auf dem Weltmarkt, die in den 80er Jahren zu erwarten sind, vor Problemen, deren Verarbeitung schwieriger sein werden denn zuvor. Nicht nur die Analysen dieser zu erwartenden Probleme, sondern auch die Antworten, die die staatliche Politik darauf gibt, dürften für die Linken von großer Relevanz werden, wenn sie eine Alternative zum 'Modell Deutschland' entwickeln wollen.

Wir haben für dieses und das nächste Heft Autoren bzw. Autorengruppen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen eingeladen, in Beiträgen die Existenzbedingungen und Alternativen des 'Modell Deutschland' zu analysieren und zu diskutieren. Im folgenden wollen wir den Rahmen dieser Diskussion stichwortartig umreißen und versuchen, eigene Positionen zu den aufgeworfenen Problemen zu formulieren – soweit dies in einer redaktionellen Einleitung sinnvoll ist. Den Beiträgen von *Esser / Fach / Simonis, Hirsch* und *Roth*, den *Sozialistischen Studiengruppen* und *J. Taeger* in diesem Heft werden im nächsten Heft voraussichtlich Beiträge von *W. D. Narr*, *D. Albers* und *P. v. Oertzen* folgen. Darüber hinaus haben wir verschiedene ausländische Genossen eingeladen, das 'Modell Deutschland' aus ihrer Sicht zu beschreiben. Diese Beiträge entstammen sehr verschiedenen politischen Positionen und wir hoffen, daß mit der Veröffentlichung auch die Kontroversen sichtbar werden. Zugleich sind – so meinen wir – diese Positionen aber auch repräsentativ für das Spektrum der Diskussion innerhalb der Linken in der Bundesrepublik, das z.B. auf der 1. Sozialistischen Konferenz in Kassel vertreten war.

#### **(1) 'Modell Deutschland' - Wahlkampflogan oder gesellschaftspolitischer Begriff?**

Was immer sich sozialdemokratische Wahlkampfstrategen gedacht haben mögen, als sie den Slogan vom 'Modell Deutschland' prägten, seinen spezifischen Inhalt erhielt und erhält dieser Slogan durch die Bestimmungen und Interpretationen, die ihm von denjenigen gegeben wurde, die sich von (und aus) diesem Modell ausgegrenzt, abgespalten und bedroht sahen und sehen. Aus dieser Perspektive wurde der Slogan zum 'Begriff' mit einer hintergründigen Bedeutung: positiv gewendet wurde besonders von der Sozialdemokratie auf die in diesem Slogan enthaltenen Verweise auf die gesellschaftlichen Stabilitätsbedingungen der Bundesrepublik aufmerksam gemacht – an zentraler Stelle die gelungene Integration der Gewerkschaftsbewegung nicht nur in die kapitalistische Gesellschaft (hier liegt nicht der entscheidende Unterschied zu anderen Ländern), sondern auch formell (Konzer-

tierte Aktion) oder informell ('SPD-Bindung' der Gewerkschaften) in eine entwickelte staatliche Stabilitätspolitik. Negativ wird dieser Slogan dagegen von jenen aufgenommen und verwandt, die aus diesem 'Modell' (sprich: dem gesellschaftlichen Kern) abgespalten, ausgegrenzt und/oder bedroht werden – aber auch von jenen im Ausland, die sich mit Versuchen auseinandersetzen müssen, in denen zentrale Organisationsprinzipien industrieller Beziehungen und des Klassenkampfes in der Bundesrepublik auf andere Länder übertragen werden sollen.

Der Begriff des 'Modell Deutschland' hat im Zuge seiner Aneignung durch die kritische in- und ausländische Linke seine Doppelgesichtigkeit bewahrt. In seiner positiven Bestimmung knüpft er an die Versuche einer gesellschaftspolitischen Harmonisierung an, die zuvor in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern gemacht worden waren und die zum Zeitpunkt ihrer Rezeption in der bundesrepublikanischen politischen Praxis teilweise bereits verschlissen waren (Scheitern der Labour-Party in Großbritannien): Gemeinsam ist diesen politischen Strategien das Ziel, die 'negativen Folgen kapitalistischer Entwicklung' (in der Regel auf dem Hintergrund einer staatsinterventionistisch orientierten Wirtschaftspolitik) sozial- und wohlfahrtsstaatlich aufzufangen und die in dieser Entwicklung aufbrechenden gesellschaftlichen Gegensätze auszugleichen oder aber daraus sich entwickelnde systemgefährdende Widersprüche zu neutralisieren. Dabei liegt der Akzent auf einer *konsensualen* Lösung gesellschaftlicher Gegensätze. Dies zu betonen erscheint uns deshalb notwendig, weil gerade im Ausland sich der Slogan vom 'Modell Deutschland' im Gefolge des 'deutschen Herbstes' und der Berufsverbotediskussion durchsetzt und damit die drohende Übernahme der *repressiven* Seite des westdeutschen Modells durch die Regierungen in den jeweiligen Ländern hervorhebt, die 'im' Modell für den Kern der Gesellschaft – so unsere These – gerade keinen herausragende Bedeutung hat. Es wäre hier die Frage zu stellen, inwieweit in den anderen Ländern die ökonomische Basis für eine konsensuale Lösung von Gegensätzen im Kernbereich der Gesellschaft überhaupt vorhanden ist, weshalb dann die repressive Seite allein für das Ausland an Interesse gewonnen hat – eine Frage, auf die eventuell die ausländischen Beiträge im nächsten Heft der PROKLA eingehen.

Diese repressive Seite, die besonders in der Modernisierung des bundesrepublikanischen Polizeiapparats seinen Ausdruck findet, die aber in subtileren Formen in der Einengung der rechtsstaatlichen Prinzipien und besonders der Grundrechte durch Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung deutlich wird, gehört auch zum 'Modell Deutschland'. Aber diese Repression fordert nicht den Widerstand des Kerns der Gesellschaft heraus, weil sie (vorerst) auch nicht gegen diesen gerichtet ist, ihn eher absichert. Dabei ist festzuhalten, daß ein solcher 'Kern' nicht von vornherein definiert ist; die Zugehörigkeit jedes einzelnen zum abgesicherten Kernbereich oder zu preisgegebenen gesellschaftlichen Randbereichen stellt sich jeweils erst in einer Vielzahl von sich überschneidenden Polarisierungs- und Selektionsprozessen 'ex post' heraus. Entscheidend ist hier, daß sich für einzelne wie Gruppen keine Erwartungssicherheiten herausbilden können, die sie dem Druck der Konkurrenz entziehen könnten; ein großer Teil verbleibt in einer 'Grauzone', die die Individuen und Gruppen zu Anpassungsstrategien zwingt.

Eine schematische Zuordnung 'hie Repression – hie Konsens' oder 'hie Kern – hie Rand' würde also in keiner Weise der gesellschaftlichen Wirklichkeit des 'Modell Deutschland' gerecht werden, wie überhaupt zu fragen ist, ob man es hier mit einem geschlossenen *und* in Realität umgesetzten Politikkonzept zu tun hat. Denn der Konsens selbst ist brüchig,

gerade weil in erster Linie *ökonomisch* definiert (sichere Arbeitsplätze, hohe Reallöhne) und damit außerhalb politischer Macht angesiedelt – und wie gerade die Krise 1974/75 gezeigt hat, kann er in bestimmten Phasen nur via ökonomische Disziplinierung aufrechterhalten werden. Allerdings kann die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik auf diesen ökonomischen Verhältnissen aufbauen und ihr spezifisches Konzept des 'Politikmachens' auf diesem Hintergrund umsetzen. Das 'Spezifische' dieses Konzepts, wie es sich im Zuge der Krisenverarbeitung Mitte der 70er Jahre herausgebildet hat, liegt u.E. in einer *Trennungsstrategie zwischen dem Kern und den Rändern der Gesellschaft*. Zentrale Elemente dieses in Politik umgesetzten 'Modells' sind dann:

- a) die enge Harmonisierung von Regierungs- und Gewerkschaftspolitik (vermittelt über die Verbindung SPD-DGB)
- b) eine Politik der Weltmarktoffensive/Weltmarktanpassung ('Modernisierung der Volkswirtschaft') unter Wahrung der Interessen der Kernbelegschaften
- c) eine Politik der sozialpolitischen Pazifizierung von 'Problemgruppen' unter Wahrung eines Minimalgrades an Solidarität
- d) eine Politik der Minimalisierung, Abspaltung und Repression von Systemgegnerschaft unter Wahrung eines Minimalgrades von Rechtsstaatlichkeit

Diese Politik (die es nicht in den unter (a) bis (d) formulierten Bestandteilen als geschlossene Strategie gibt, diese zentralen Elemente können vielmehr aus der Vielzahl sozialdemokratischer Krisenpolitiken herausgefiltert werden) kann sich dabei in der Bundesrepublik auf historisch gewachsene gesellschaftliche und politische Strukturen stützen, die weit zurück in den 'CDU-Staat' und darüber hinaus reichen:

- a) auf die korporativen Strukturen der Politikformierung und -durchführung. Dies gilt nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch und gerade für die Arbeitgeber bzw. die Kapitalinteressen (deren korporative Struktur für die Durchsetzung der Adenauerschen Politik wesentliche Bedeutung hatten);
- b) auf die Verrechtlichung von Konfliktverläufen und -anlässen besonders im System der industriellen Beziehungen (die z.T. aber auch Resultat einer erfolgreichen Schutzpolitik der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist);
- c) auf die Herausbildung eines ökonomisch und ideologisch dominierenden Interessenblocks in der Wirtschaft unter dem Primat der exportorientierten Kapitale.

Sowohl die zentralen Elemente dieser Politik als auch die gesellschaftlichen Strukturen, auf die sie sich stützt, sind *ambivalent*, d.h. nicht einfach nur im Sinne von kapitalkonformer Herrschaftssicherung und gesellschaftlicher Formierung im Sinne eines fortgeschrittenen korporativen Gesellschaftsmodells zu interpretieren, sondern auch als Umsetzung von Reformforderungen und sozialpolitischen Forderungen aus der Arbeiterbewegung. Wie sich diese Ambivalenz konkretisiert, welche Widersprüche die gesellschaftliche Realität des 'Modells' birgt, darauf wäre noch näher einzugehen. Darüberhinaus ist zwar das 'Modell Deutschland' an die Sozialdemokratie als Regierungspartei gekoppelt, dies heißt aber nicht, daß nicht einzelne Bestandteile des oben beschriebenen Modells grundsätzlich auch von der CDU/CSU aufgenommen werden könnten. Auch im Rahmen des 'CDU-Staates' wurde phasenweise versucht, seinen vier Bestandskriterien gerecht zu werden, und die wesentlichen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen und Strukturen wurden – wie oben betont – schon in der Adenauer-Ära entwickelt.

## (2) *Gesellschaftliche Widersprüche und Verarbeitungsweisen dieser Widersprüche im 'Modell Deutschland'*

Wenngleich sich der SPD-Slogan vom 'Modell Deutschland' Mitte der 70er Jahre noch auf die Phase der »Inneren Reformen« unter der Brandt/Scheel-Regierung bezogen hat, so steht doch in der weiteren wissenschaftlichen, insbesondere aber der politischen Diskussion dieser Begriff für eine erfolgreiche gesellschaftspolitische Krisenverarbeitung der Folgen der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der nachfolgenden Strukturveränderungen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Dabei war es nicht zuletzt die starke Bindung der Gewerkschaften an die Regierungspolitik, die es der Sozialdemokratie ermöglichte, aus dem Scheitern der keynesianischen Globalsteuerung im ökonomischen Krisenzyklus relativ konfliktlos auf eine Sanierungs- und Modernisierungspolitik umzustellen, die mit erheblichem sozialen Sprengstoff verbunden war (und ist), diesen aber durch Partikularisierungs- und Marginalisierungspolitiken neutralisieren konnte.

Erinnern wir uns: Noch die Große Koalition war 1967 mit der keynesianischen Globalsteuerung und dem Anspruch angetreten, den kapitalistischen Krisenzyklus regulieren zu können, so daß von der Ökonomie her keine sozialen Konfliktpotentiale mehr zu befürchten wären. Diese Politik war *quantitativ - gesamtwirtschaftlich* orientiert, die Legitimationsproblematik der Politik sollte durch sichere Arbeitsplätze und hohe Reallöhne bzw. ausreichende reale Zuwachsraten bei den Löhnen für *alle* Arbeitnehmer gemästert werden. Politisch sollte diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie mit der Konzertierte Aktion abgesichert werden, in die die Gewerkschaften über die Industriebranchen hinweg als gemeinsame Vertreter aller Arbeitnehmer einbezogen wurden und die insbesondere die Einkommensverteilung an die ökonomischen Wachstumsbedingungen anpassen sollte. In dieser Einbindungsstrategie - die dann an der durch sie bewirkten Verlagerung der Legitimationsproblematik in die Gewerkschaften scheiterte (von den Septemberstreiks bis zu den Streiks im Öffentlichen Dienst 1974 zeigte sich, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt den Gewerkschaftsmitgliedern näher standen als die Orientierungsdaten der Regierung) - waren die Gewerkschaften also faktisch noch als Vertreter der *Klasse* der Arbeiter und Angestellten anwesend und es wurde die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Wertprodukts verhandelt. Voraussetzung dieser Politik war die politische 'Machbarkeit' der ökonomischen Prosperität. Ein Scheitern dieser Wirtschaftspolitik, das Eintreten einer Krise mit Massenarbeitslosigkeit (was noch Anfang der siebziger Jahre in der Öffentlichkeit unvorstellbar schien), mußte demnach zuerst eine politische Legitimationskrise mit sich bringen (wie in den politologischen Legitimationstheorien in dieser Zeit auch diskutiert); zumindest aber - so die Krisenerwartung vieler linker Theoretiker - müßten in diesem Fall die gesellschaftlichen Widersprüche offen ausbrechen und die Überwindbarkeit des Kapitalismus sichtbar werden.

Tatsache ist aber, daß trotz schwerer ökonomischer Krise, Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Teilen des 'Sozialstaats', Rücknahme von »Inneren Reformen« etc. keine *politische* Krise - geschweige denn eine gesellschaftliche - offen ausgebrochen ist, statt dessen ist die politische und soziale Krisenverarbeitung als 'Modell Deutschland' beispielhaft geworden. Es muß hervorgehoben werden, daß es gerade die in der Krise freigesetzten *ökonomischen* (Disziplinierungs-) Mechanismen waren, die die *politische* Krisenverarbeitung möglich machten, dies entgegen den Selbstüberschätzungen einiger politischer Krisensteuerungs-Ideologen (und 'Anti-Ökonomen'). Die Disziplinierung großer Teile der Arbeiterschaft

durch die industrielle Reservearmee vor den Betriebstoren, die durch Krise und Rationalisierungsinvestitionen ermöglichte Spaltung der beschäftigten Arbeiter durch Produktionsumstellungen, Dequalifikationen, Abstufungen etc., eine betriebliche Personalpolitik, die auf Flexibilisierung der Beschäftigung ausgerichtet ist und die den gewerkschaftlichen bzw. betrieblichen Interessenvertretern die Selektion der zu Entlassenden im Rahmen der Betriebsverfassung überläßt ..., diese Prozesse führten zunächst zu einer Neutralisierung von Konfliktpotentialen via Partikularisierung und Individualisierung von Krisenschicksalen, während der Kern der Betriebsbelegschaften vor tiefgehenden Eingriffen in die Arbeits- und Lebenssituation noch weitgehend bewahrt blieb.

Die einzelnen Industriegewerkschaften haben diesen Entwicklungen nicht viel entgegenzusetzen gehabt; während gesamtwirtschaftlich die rechtskeynesianische, angebotsorientierte Politik der Regierung (schärfer aber noch die der Bundesbank) kritisiert wird und nachfragewirksame Ausgaben und Beschäftigungsprogramme gefordert werden, werden auf Betriebs- bzw. Branchenebene die Rationalisierungs- (= Modernisierungs-)strategien der Unternehmen eher unterstützt in der Hoffnung, über die Verbesserung der Stellung in der Weltmarktkonkurrenz die Arbeitsplätze sichern zu können. Zugleich sollen die Folgen einer solchen Unternehmensstrategie für den »Besitzstand« der einzelnen Arbeiter abgewehrt werden und (durch Tarifverträge zur »Besitzstandssicherung«) der reale Verlust der Qualifikation bestimmter Facharbeiterschichten durch die Rationalisierungspolitik zumindest monetär als Einkommensverlust nicht sichtbar werden.

Der ökonomische Wiederaufschwung nach der krisenhaften Restrukturierung hat für den oben beschriebenen Kern der Belegschaften materielle Konzessionsspielräume des Kapitals eröffnet, zugleich verfestigt sich im Zyklus seit 1976 die Spaltung in Kern- und Randbelegschaften und in Beschäftigte und Erwerbslose, und die 'Grauzone' der noch nicht Betroffenen, aber verschärfter Konkurrenz ausgesetzten Personen erweitert sich. Eine wesentliche Bedingung der gesellschaftlichen Stabilität und des Funktionierens der Krisenverarbeitung im 'Modell Deutschland' ist dabei, daß die Marginalisierten – einmal aus dem Solidarzusammenhang der Betriebe/Belegschaften entlassen – als Vereinzelte kein politisches Konfliktpotential mehr darstellen; die staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die den Sturz in die Dauerarbeitslosigkeit sozial abfedern soll, trägt das Ihre zur weiteren Zerstückelung der Krisenschicksale und Erfahrungen bei. Zugleich verschärft sich innerbetrieblich die Konkurrenz um die verringerten 'guten' und sicheren Arbeitsplätze. Nicht zu übersehen ist, daß sich in diesen gesellschaftlichen Prozessen zeigt, daß Stärkepositionen der *einzelnen* Arbeiter in der ökonomischen Prosperität sich jetzt zu Schwächepositionen verkehren: die starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt, die eine gewerkschaftliche Organisation bzw. das Austragen scharfer Konflikte mit dem Kapital in der Prosperität für den einzelnen Arbeiter nicht notwendig machte und die die betrieblichen Vertretungsorgane gegenüber überbetrieblicher Solidarität und Organisation stärkte, weicht der andauernden Massenarbeitslosigkeit, die die Konkurrenz unter den beschäftigten Arbeitern jetzt freisetzt und berufsständischen und betriebsegoistischen Interessenvertretungspolitikern Vor Schub leistet (wie dies in der Debatte um die Absicherungstarifverträge deutlich wurde).

Der Erfolg dieser Politik der einzelnen Gewerkschaften (d.h. die Absicherung von Arbeitsplätzen und Reallohn des Kerns der Belegschaften) ist wesentlich an den Erfolg des BRD-Kapitals in der *Weltmarktkonkurrenz* gebunden. Daraus erklärt sich auch die Unterstützung der Modernisierungspolitik der Kapitale durch die einzelnen Gewerkschaften, auch wenn einzelbetrieblich gegen die Rationalisierungsfolgen gekämpft wird. Und hier liegt

auch die Achillesferse dieser Politik und damit der Einbindung der Gewerkschaften in das 'Modell Deutschland': Denn die Weltmarktkonkurrenz erzwingt u.U. derartige Rationalisierungsschübe, daß auch der Kern nicht mehr vor Dequalifizierung, Reallohnverlust oder gar Arbeitsplatzverlust bewahrt werden kann. Das Problem zu Beginn der 80er Jahre ist also, ob derartige Durchsetzungsformen der Rationalisierungswelle abgewehrt werden können bzw. – wenn Teile der Kernbelegschaften ihren Arbeitsplatz verlieren – ob durch eine beschleunigte Akkumulation die dann Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß reintegriert werden können.

Die ökonomische Basis des Konsenses zwischen dem Kern der Belegschaften und Gewerkschaften und dem Kapital ist also durchaus brüchig, weil an den Erfolg des Kapitals auf dem Weltmarkt angebunden. Die Restrukturierung und die Weltmarktoffensive des westdeutschen Kapitals zu unterstützen und damit den sozialen Konsens zu sichern ist Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik im Zyklus seit 1976. Während in der Krise 1974/75 zunächst die globale Nachfrageorientierung zugunsten einer eher rechtskeynesianischen Subventionierung der Investitionen bei gleichzeitiger Haushaltssanierung (Haushaltsstrukturgesetz) aufgegeben wurde (und auch in der Folge nicht wieder in dem Ausmaß wie in der Zeit vor 1973 eingesetzt wurde), werden nach der Krise zunehmend *qualitative* Interventionen («Strukturpolitik») an Stelle der bloß quantitativen Hebung des Niveaus der Gesamtnachfrage durch Staatsausgaben betont. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß nicht die «Strukturpolitik» das eigentlich Neue an dieser Politik ist, sondern ihre Gewichtung gegenüber der traditionellen Globalsteuerung. Diese Politik zielt auf die staatliche Unterstützung der »Modernisierung der Volkswirtschaft« (so der Titel eines programmatischen Buches von V. Hauff und F.W. Scharpf) zur Stärkung in der Weltmarktkonkurrenz, bestärkt so die vorhandenen ökonomischen Strukturen und Ziele und baut auf dem Konsens zwischen Kapital und Gewerkschaften auf. Nur: die Gewerkschaften werden als Einzelgewerkschaften, als Vertreter der Beschäftigten der jeweiligen Branche angesprochen und verhandelt wird primär nicht über den Lohn oder die Arbeitszeit, sondern über die Bedingungen für eine Unterstützung der Konkurrenzstrategien der Einzel- und Branchenkapitale. Im Gegensatz zur Konzertierte Aktion bestätigt also die 'Konzentrierte Aktion' (so das Etikett bei Scharpf/Hauff für diese Politik) die Konkurrenz der Einzelgewerkschaften gegeneinander und bindet deren Politik noch fester an die Kapitalinteressen.

Diese Politik der »Modernisierung der Volkswirtschaft« muß nicht im Gegensatz stehen zur »Sanierung der Staatsfinanzen«, die – bei Wahrung eines Minimalgrades an sozialpolitischer Absicherung von 'Problemgruppen' – insbesondere den staatlich vermittelten Konsum einschränkt und durch die die Finanzierung von Inflationsprozessen eingengt werden soll. Auch diese Politik, die besonders auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik zu erheblichen Einschränkungen geführt hat, stützt sich darauf, daß der zentrale gesellschaftliche Konsens durch sie noch nicht gefährdet wird, sondern eher 'Randgruppen' betroffen sind, die keinen organisierten Widerstand entwickeln. Punktuelle Proteste können daher immer wieder polizeilich bereinigt werden.

Wir haben hier die ökonomische und soziale Basis des 'Modells Deutschland' hervorgehoben, weil diese für die Interessensharmonie zwischen Kernbelegschaften, Einzelgewerkschaften und Einzelkapitalen grundlegend ist und weil darin auch die Brüchigkeit dieses Konsenses angelegt ist; zugleich liegen hier aber auch die Ansatzpunkte für gesellschaftliche und politische Problemlösungsmuster, deren Erfolg für das 'Modell Deutschland' zumindest bislang konstituierend gewesen ist. Und hier dürfte sich auch letztlich die Stabili-



tät des 'Modells' in den 80er Jahren entscheiden. Die Frage nach den Perspektiven des 'Modells Deutschland' stellt sich so als Frage nach der politischen Verarbeitungskapazität im Hinblick auf Problemstellungen, die den gesellschaftlichen Konsens unterminieren könnten.

Wenn man davon ausgeht, daß auch in der näheren Zukunft die marginalisierten Schichten kein politikrelevantes Konfliktpotential mobilisieren können bzw. durch auf 'Problemgruppen' bezogene Arbeitsmarktpolitiken neutralisiert werden, dann müssen wir uns fragen, welche ökonomischen und gesellschaftlichen Tendenzen den *gesellschaftlichen Kern* tangieren könnten. Denn gerade die Weltmarktstrategie erzwingt ja technologische Sprünge, die sich etwa im Einsatz von Mikroprozessoren schon auszuwirken beginnen, und verstärkt den Druck auf die Lohnkosten (Lohnhöhe und Arbeitszeit). Auch auf die Interessen der Kernbelegschaften bzw. der Gewerkschaften könnten dann die Unternehmen in ihrer Politik keine Rücksicht nehmen – sie müßten den Konsens aufkündigen. Eine solche, allein an der Weltmarktkonkurrenz orientierte Konfliktstrategie wird auch gegenwärtig von Wirtschaftsminister Lambsdorf politisch vertreten. Sie könnte dann propagandistische Kraft entfalten, wenn sich strukturelle ökonomische Probleme – wie etwa die steigenden Energie- und Rohstoffkosten, der drohende Niedergang der inländischen Automobilbranche usw. so zuspitzen, daß auf dem Hintergrund niedriger Wachstumsraten wieder ökonomische Opfer im nationalen Interesse gefordert werden können.

Gegen eine solche, zumindest das bestehende 'Modell Deutschland' in Frage stellende ökonomische Entwicklung und Wirtschaftspolitik stehen aber Handlungsspielräume für Kapital und Staat, die das 'Modell Deutschland' auch für die 80er Jahre erhalten könnten. So könnte angesichts der Personalpolitik der Unternehmen (Flexibilisierung durch Zeit- und Leiharbeiten, Verlagerungs- und Externalisierungsstrategien etc.) die Bedeutung des Staates als Schutzinstanz zunehmen (z.B. in der Frage der Arbeitszeitverkürzung). Umfangreiche Investitionsprojekte wie die Verkabelung, Energiegewinnung, Wärmedämmung werden über politische Entscheidungen initiiert und könnten aufgrund ihrer Nachfrage- und Produktivitätseffekte die ökonomische Basis und den Konsens zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat stabilisieren. Gerade in Bezug auf die technologisch neuen Investitionsmöglichkeiten kommt so der staatlichen Strukturpolitik weiterhin große Bedeutung zu, zumal damit verbunden die Sektoral- und Investitionssteuerung an Gewicht gewinnen kann – auch hierin drückt sich die Ambivalenz des 'Modells' aus.

Diese Stichworte sollen hier nur auf die zukünftigen Widersprüche im 'Modell Deutschland', aber auch auf seine Möglichkeiten verweisen, diese Widersprüche zu 'verarbeiten'. Für die *linke* Alternativdiskussion kommt es darauf an, die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser 'Verarbeitung' in Rechnung zu stellen. Denn eine im 'Modell Deutschland' 'amerikanisierte' Gewerkschaftsbewegung – die sich der Vertretung der Einzelinteressen des gesellschaftlichen Kerns verschrieben hat – dürfte sich kaum noch als Träger einer 'Alternativen Wirtschaftspolitik' oder gar einer organisatorischen und inhaltlichen Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung anbieten. Die Gefahr der Zersetzung der Gewerkschaftsbewegung durch den Einbau in eine branchenorientierte Strukturpolitik, in der die Einzelgewerkschaften dann nur noch eine Vermittlungsfunktion gegenüber den positiv oder negativ betroffenen Belegschaften zu übernehmen hätten, ist jedenfalls gegeben – gerade weil eine solche Politik an Folgen betrieblicher Personalpolitik und Tendenzen gewerkschaftlicher Absicherungspolitik anknüpfen kann.

### (3) Die Linken im 'Modell Deutschland'

Den Situationen und Perspektiven der Linken in der BRD ist angesichts der zukünftigen Widersprüche und ihrer gesellschaftlichen Verarbeitungsmöglichkeiten nicht mit einer Vorstellungswelt beizukommen, die mit problematischen Subjekten in einem imaginären Raum operiert, also etwa schlichtweg »die Linke« dem BRD-Modell bürgerlicher Klassenherrschaft gegenüberstellt. In Wirklichkeit gibt es »die Linke« als ein irgendwie einheitliches politisches Subjekt nicht mehr und die unterschiedlichen Linken, die es gibt, stehen diesem Modell nicht äußerlich gegenüber: sie existieren *innerhalb* des 'Modells Deutschland'.

Das 'Modell Deutschland' hat – vor allem in sozialpolitischer Hinsicht – eine Reihe von Forderungen und Positionen aus der Tradition der Arbeiterbewegung in sich aufgenommen – wir haben vorn auf die Ambivalenz des 'Modells' hingewiesen. Das gilt, trotz aller Beschränkungen und Widersprüche, etwa für die Bereiche der Renten-, der Gesundheits- und der Arbeitsschutzpolitik. Aber auch in den Bereichen der Bildungs- oder der Jugendpolitik sind partiell Reformen durchgesetzt worden, die an alte linke Forderungen anknüpften. Damit haben sich aber auch – darauf kommen wir noch zurück – die Mechanismen und objektivierten Strategien dieses spezifischen Modells in den gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen ausgebreitet, die die Traditionen der Arbeiterbewegung, der sozialistischen und kommunistischen Linken in einem gesellschaftsformüberschreitenden Sinne fortzusetzen beanspruchten.

Die – sicher ganz unterschiedliche - Unfähigkeit der Fraktionen und Strömungen, die mit einem linken Anspruch angetreten sind, diese Immanenz in ihrer Politik zu berücksichtigen, hat in den 70er Jahren dazu beigetragen, die Macht dieser spezifischen Gestalt eines »erweiterten Staates« auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, zugleich auch die Ohnmacht und Zersplitterung der Linken. Auch aus den unterschiedlichen Winkeln eines flexibel eingegrenzten politischen und sozialen Ghettos haben die Apparate der bürgerlichen Klassenherrschaft Anstöße und Materialien zu ihrer Modernisierung, zu ihrer Sensibilisierung und funktionellen Erweiterung gegenüber sich verändernden Problemstellungen entnommen, die gerade unter dem Druck krisenhafter ökonomischer Entwicklungen dringlich wurden.

Als Resultate solcher Modernisierungsprozesse können wir inzwischen auf der Seite der Staatsapparate und der ideologischen Mechanismen der politischen Hegemonie konstatieren, daß die 70er Jahre 'unter dem Strich' sehr bemerkenswerte Erneuerungen der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie gebracht haben sowie eine Erneuerung des Antikommunismus im 'Geiste der Entspannung und der Menschenrechte', aber auch ganz handfeste Neuerungen in der Funktionsweise der sozialdemokratischen Hegemonie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, in den Strategien der sozialstaatlichen Marginalisierung und Kontrolle gesellschaftlicher Randgruppen oder der polizeilichen Sicherstellung von Staatssicherheit und 'Rechtsfrieden'.

Tatsache ist jedenfalls, daß am Ende der 70er Jahre – nach 10 Jahren linker Politik im Ausgang von gesellschaftlichen Bewegungen (gegen die atomare Aufrüstung, gegen die Notstandsgesetze, gegen die US-Aggression in Vietnam, gegen die repressiven Strukturen der Ordinariatenuniversität), deren antikapitalistische Zuspitzung selbstverständlich schien – entpolitisierende und gesellschaftsformneutrale Positionen in den gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen (gegen die Atomtechnologie, gegen die Umweltzerstörung, gegen das

Patriarchat) sehr erheblichen Einfluß gewonnen haben. Ein Anzeichen dafür, wie weit dies schon geht, ist der Umstand, daß eine explizit politisch argumentierende Kritik an rechten ökologischen Plädoyers für Konsumverzicht der Massen und diktatorische politische Formen einer neuen ökologischen Sparsamkeit (im Stil von Gruhl oder Harich) oder an den sich zur Neoklassik wendenden kritischen Ökonomen der 'kleinen Netzwerke' von ihren Anhängern mit 'Aussicht auf Erfolg als »linkssektiererisch« und »dogmatisch« diffamiert werden kann. Ein solches Verhalten ist offensichtlich auch ein Ausdruck der Krise der Linken in der BRD.

Die nüchterne Zurkenntnisnahme dieser Krise hat nichts mit Pessimismus zu tun. Sie ist vielmehr die erste Bedingung dafür, die Probleme, vor denen die linken Kräfte stehen, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen um sie überhaupt angehen zu können.

Dabei geht es auch darum, daß wir die *Krise des Marxismus* ernst nehmen – sie nicht auf den »Marxismus der anderen« eingrenzen – und untersuchen, welche Grenzen und Schlacken in unseren spezifischen marxistischen Traditionen uns gegenüber entscheidenden Stärken und Vorteilen dieser spezifischen Gestalt bürgerlicher Klassenherrschaft (des 'Modell Deutschland') kurzsichtig, wenn nicht sogar blind haben werden lassen.

Unsere Diskussion der Stabilitätsbedingungen und Bruchpunkte – der Entwicklungspotentiale und möglichen Weichenstellungen – dieses 'Modells' bürgerlicher Klassenherrschaft hat sich so weit entwickelt, daß wir uns der Frage stellen müssen, wo wir selbst als Linke, als Sozialisten und Kommunisten, in ihm »vorkommen«, seinen Mechanismen und Strategien unterworfen sind und unsere politischen Fehler und Schwächen mit seiner Stärkung bezahlen müssen. Derartige Zusammenhänge können wir heute auf mehreren Ebenen vermuten; sie zu untersuchen und zu klären wird eine wichtige Aufgabe der weiteren Diskussion sein, die mit diesem Heft der PROKLA angestoßen werden soll. So müssen wir uns heute etwa fragen, ob die fatale Neigung zur Orientierung an fernen revolutionären Kräften und Modellen, die in der BRD-Linken in den 70er Jahren so mächtig war, nicht ebenso im Zusammenhang steht mit der prinzipiellen politischen Subalternität, in der sich die BRD im Kontext des von den USA geführten 'westlichen Blocks' immer noch befindet. Und ob die penetrante Mischung aus moralischen Ansprüchen und Paternalismus, die wir gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und den Ansätzen einer sozialen Revolution in Chile oder in Portugal aufgebracht haben, vielleicht nicht ohne Beziehung ist zu der weltweiten Expansions- und Durchdringungsbewegung des primär exportorientierten BRD-Kapitals.

Darüberhinaus werden wir selbstkritisch zu untersuchen haben, wieso es die Politik der linken Gruppen und Bewegungen nicht hat verhindern können, daß auch sie und ihre aktiven Träger hineingezogen wurden in die Mechanismen der Abwälzung von Bedrohungen auf gefährdetere Gruppen – die etwa in der Konkurrenz um privilegierte Arbeitsplätze oder im Bestreben wirksam wurden, die Grenzen von Berufsverboten, Sympathisantenjagd und Gewerkschaftsausschlüssen so zu beeinflussen, daß jedenfalls die eigene Strömung davon nicht bedroht wurde.

Oder: Haben nicht auch große Teile dieser linken Bewegungen und Gruppierungen sich des Mechanismus bedient – oder sind ihm erlegen –, entscheidende Fragen in die ferne Zukunft zu verlagern, der gerade die bürgerliche Politik kennzeichnet, die mit seiner Hilfe Raum für eine pragmatische Politik gewinnt? Und hat dann nicht der Umstand, daß dies für gesellschaftliche Oppositionsbewegungen dagegen den Verzicht auf konkrete Politik bedeutete – bis nach der Realanalyse, bis nach der Parteigründung, bis nach dem Partei-

aufbau usw. – und damit die faktische Unterwerfung unter die bürgerliche Hegemonie, dazu beigetragen, daß die gegenwärtigen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen linke bzw. marxistische Theorien so schnell auf den Müllhaufen geworfen haben und sich ihre Orientierungen woanders geholt haben? So sehr man auch die 'Alternativen' etwa, aufgrund ihrer materiellen Abhängigkeit vom bestehenden System der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und den herrschenden Formen seiner politischen Vermittlung, kritisieren und abtun mag – Tatsache ist, daß sie sich in einem Vakuum entwickelt haben, das ihre heutigen linken Kritiker mit produziert haben, und daß sie an einem realen Erfordernis, der Notwendigkeit einer konkreten alternativen Politik, ansetzen.

Auch innerhalb des Linken Spektrums funktioniert der zentrale Mechanismus der bürgerlichen Ideologie – die faktische Ersetzung bestimmter historischer Fragen durch andere Fragen, die sich allein noch tatsächlich stellen, deren Beantwortung in keinem Fall die bürgerliche Herrschaft gefährden kann. Dies zeigt sich z.B. in der Bundestagswahl, in der faktisch nicht die Frage nach einer sozialistischen Alternative zum 'Modell Deutschland' gestellt ist. Real wird nur die Frage zugelassen, ob die Wähler für die Straußsche Alternative oder die Schmidtsche Variante seiner Weiterentwicklung sind – allenfalls noch können sie durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck bringen, daß sie die 'Grünen' als eine mögliche Alternative zu den Bundestagsparteien unterstützen.

Ebenso wenig stellt sich gegenwärtig in der außerparlamentarischen Praxis die Frage nach einer sozialistischen Alternative als solche. Faktisch geht es in den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen gar nicht um eine Alternative zur kapitalistischen Lohnarbeit auf gesellschaftlicher Ebene. So stehen z.B. der kollektiven Forderung nach einem »Recht auf Arbeit« im Sinne der »Vollbeschäftigung«, wie es vor allem in den Gewerkschaften diskutiert wird, individuelle Forderungen auf ein Recht auf »Eigenarbeit« außerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhangs unverbunden gegenüber. Auch wenn beide Forderungen – als »Platzhalter« der Forderung nach Übergang zu einem neuen Typ gesellschaftlicher Arbeit – fortschrittliche Momente und emanzipatorische Tendenzen enthalten, sind sie doch anfällig für eine Funktionalisierung im Zusammenhang einer branchenbezogenen Strukturpolitik oder einer selektiven Marginalisierungsstrategie. Damit stehen die linken Kräfte vor der Notwendigkeit, weitertreibende gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten im Angesicht von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit aufzuspüren und zu entwickeln, die in der Lage sind, diese Beziehungslosigkeit und Funktionalisierbarkeit zu überwinden.

Am Beginn eines derartig schwierigen Prozesses der Entwicklung von linken Alternativen, die *in* diesem Modell glaubwürdig und umsetzbar sind, steht erst einmal die Einsicht, daß die BRD-Linken gegenwärtig noch nicht in der Lage sind, übereinstimmend Alternativen *in* diesem 'Modell Deutschland' zu formulieren, die diese BRD auf den Weg zu einer alternativen Entwicklung bringen könnten:

— angesichts der komplexen sozialliberalen Politik der Einbindung korporativer Interessen in einen weltmarktorientierten Modernisierungsprozeß durch Subventionen und durch Sozialpolitik schwankt die sozialistische Linke zwischen einem perspektivlosen Superwohlfahrtsstaat-Anspruch und einer 'radikal-sozialistischen' Staatsfeindlichkeit, die rechten Austeritätsstrategien zuzuarbeiten droht;

— gegenüber der sprunghaften Entwicklung der Kommunikations- und Kontrollstrukturen auf allen Ebenen – nicht nur bei den staatlichen Sicherheitsorganen – die die Gebrauchswertseite der neuen Produktions- und Kapitalanlagesphären der Mikroelektronik

und der Kommunikationsnetze bildet, schwankt die sozialistische Linke gegenwärtig zwischen Verharmlosung und maschinenstürmerischer Abwehr;

— gegenüber der ökonomischen und politischen Expansion der BRD hat die sozialistische Linke in der BRD außer kruden Importen noch keine eigenständige Position entwickelt. Die hierfür nötigen Klärungsprozesse erfordern nicht nur eine breit geführte Diskussion zwischen unterschiedlichen linken Positionen und Ansätzen – wie sie auch in diesem Heft der PROKLA geführt wird –; sie erfordern auch, daß die linken Kräfte sich in politischen Massenbewegungen und Initiativen betätigen, wie sie sich gegenwärtig angesichts von Dauerarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, einer sprunghaften Ausdehnung der mediengestützten Reproduktion von Ideologie und der datengestützten polizeilichen Kontrolle sowie angesichts einer wachsenden Kriegsgefahr in unterschiedlichen Gestalten bilden.

Das heißt allerdings nicht, daß weiterreichende, strategische Fragestellungen nicht behandelt werden müßten. Als Sozialisten werden die an diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teilnehmenden Individuen und Arbeitszusammenhänge immer auch solche weiterreichenden Fragestellungen zu beantworten haben; sie werden zeigen müssen,

- daß der sozialistische Übergang keine Utopie ist, sondern unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen eingeleitet werden kann;
- daß ein alternativer Entwicklungspfad aus den gegenwärtigen Strukturen des 'Modells Deutschland' herausführen kann, in dem Solidarität mit der Dritten Welt, Orientierung an der Qualität der Arbeitsprozesse und der Gebrauchswerte zu realen Zielgrößen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses werden können;
- daß eine Stärkung und Solidarität der gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen unter antikapitalistischen Vorzeichen dazu in der Lage ist, den Raubbau an den ökologischen Bedingungen menschlicher Existenz zu stoppen, der gegenwärtig betrieben wird;
- daß eine konsequente Politik der gewerkschaftlichen Solidarität, die sich nicht den Imperativen einer kapitalorientierten Modernisierungspolitik unterwerfen läßt, der Ausgrenzung und Marginalisierung von besonders diskriminierten Kategorien der Arbeitsbevölkerung entgegenwirken kann, auch ohne die Ziele einer Verkürzung der Arbeitszeit, einer Verbesserung des Lohn-Leistungsverhältnisses und einer Verbesserung von Qualifikation und Arbeitsbedingungen zurückzustellen;
- daß durch gemeinsamen politischen Kampf der Marsch in den »autoritären Etatismus«, auf dem sich die führenden kapitalistischen Länder gegenwärtig befinden, zum Stehen gebracht werden kann.

Die Arbeitszusammenhänge der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik sind gegenwärtig nicht dazu in der Lage, sich in der auf der Tagesordnung stehenden Wahlfrage zu einigen: Abgesehen von einer Orientierung auf 'distinkte' sozialistische oder kommunistische Kräfte stehen dabei vor allem zur Diskussion:

- eine strategische Orientierung auf die Partei der 'Grünen' oder auf eine erneuerte Sozialdemokratie als Träger einer künftigen sozialistischen Politik;
- eine taktische Orientierung – die strategisch den Aufbau einer selbständigen politischen Kraft als Träger sozialistischer Politik antizipiert – auf die 'Grünen' als Hebel zur Veränderung des bestehenden Parteiensystems oder auf die SPD – als 'Kleineres Übel' aber auch als notwendige, real noch nicht überwundene Durchgangsform in der Entwicklung des Bewußtseins der großen Mehrzahl der Lohnabhängigen.

Gegenüber den beiden ersten Orientierungen sind in der bisherigen Debatte bereits einige gewichtige Einwände entwickelt worden: Ist die Entwicklung einer politischen Kraft, die sozialistische Politik tragen kann, gänzlich außerhalb der (immer noch sozialdemokratisch geführten) Gewerkschaften vorstellbar? Ist der Prozeß der SPD zur »Volks-« und »Staatspartei« überhaupt noch reversibel? Hinsichtlich der taktisch analysierten Wahlfrage stellt sich ein viel uneinheitlicheres und undeutlicheres Bild der Diskussion dar. Aber: Besteht überhaupt eine reale Gefahr, daß Strauß eine Mehrheit bekommt? Haben die 'Grünen' überhaupt eine Chance, die 5%-Klausel zu überwinden?

Wenn die sozialistischen Linken in der BRD sich darüber klar sind, daß eine *taktische Wahlentscheidung* in der gegenwärtigen Situation von zuviel unbestimmbaren Faktoren abhängt, um in Übereinstimmung zwischen unterschiedlichen Gruppen getroffen zu werden, wenn sie gleichzeitig aber auch bei divergenten Entscheidungen solidarisch die jeweiligen Gründe diskutieren und die gemeinsame Diskussion der strategischen Probleme kontinuierlich weiterführen, dann braucht ihre Unfähigkeit, zu einer weitgehend gemeinsamen Wahlempfehlung zu kommen, keine Schwächung dieser Linken zu bedeuten. Im Gegenteil kann ein gemeinsam diskutierter Pluralismus in dieser Frage zu einem wichtigen Modell werden, auf das eine zukünftige sozialistische Linke noch in anderen Fragen wird zurückgreifen müssen – ohne sich deswegen sektiererisch zu zerstreiten.

Leichter wird eine derartige Haltung sicher dadurch gemacht, daß sich die Linken in der BRD klarmachen, daß sie sich nicht von Visionen von Entscheidungsschlachten blenden lassen sollten: So wenig wie eine Revolution nach dem Modell des Sturms auf das Winterpalais steht diesem 'Modell Deutschland' eine Vernichtungsschlacht gegen die Linken ins Haus, die etwa durch eine apokalyptische Wahnacht eingeleitet würde. Wenn eine internationale Rezession den ökonomischen Problemdruck auf das exportabhängige Entwicklungsmodell verschärfen würde, dann wird dies eher Auswirkungen auf das 'Modell' haben, als ein bloßes Wahlergebnis. Anstatt auf plötzliche gesellschaftliche Katastrophen und Umbruchsituationen werden sich die Linken in der BRD also auf einen Prozeß des »Bruchs als Prozeß« einrichten müssen, auf vielen Ebenen, ungleichzeitig und ungleichmäßig.

Damit in diesem Prozeß strategische Alternativen artikuliert und durchgesetzt werden können, ist es notwendig, daß sich wieder eine sozialistische Linke als ein handlungsfähiges politisches Subjekt herausbildet, das in breiten gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen verwurzelt ist. Das erfordert zumindest, daß die gegenwärtigen Arbeitzusammenhänge und Individuen mit einem sozialistischen oder kommunistischen Anspruch in einem breiten, unabgesicherten Prozeß der offenen Diskussion – ohne Diplomatie oder Polemik – ihre Fähigkeiten zu konkreten Analysen und praktischen Initiativen zurückgewinnen. Dabei werden sie davon ausgehen müssen, daß ihr faktischer Pluralismus *jedenfalls* bis auf weiteres unaufhebbar ist, daß eine Vereinheitlichung der historisch entwickelten Strömungen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen kein realisierbares Projekt ist – und auch gar nicht wünschenswert ist. Zum anderen werden sie aber auch, ohne in metaphysische Ansprüche auf Allwissenheit oder Allgegenwart zu verfallen, neue Formen der Politik entwickeln müssen, in denen die Autonomie konkreter gesellschaftlicher Kämpfe nicht als ein vorläufig nicht zu behebender Mangel oder als ein bloß taktisches Zugeständnis behandelt werden kann.

Langer Atem und konkreter politischer Realismus, Anerkennung des bestehenden Pluralismus politischer Strömungen in der Linken und der Autonomie gesellschaftlicher Opposi-

tionsbewegungen wären damit erste Bedingungen zu einer Überwindung der gegenwärtigen Ohnmacht und Krise der sozialistischen Linken. Als Schritte auf dem Weg zur Überwindung sowohl des institutionalistischen wie des movimentistischen Modells politischer Praxis und Organisation wären sie zugleich ein Anfang dafür, innerhalb dieses 'Modell Deutschland' die Voraussetzungen für eine Überwindung der bürgerlichen Klassenherrschaft zu schaffen.

*Die Redaktion*

## ***Informationen zur Sozialistischen Konferenz***

*2. Sozialistische Konferenz:* 16. - 18.1.1981, Gesamthema »Der herrschende Block und die Alternativen der Linken«, Grobgliederung: 1. Politisch-ökonomische Perspektiven bürgerlicher Herrschaft in der BRD und Alternativen der Linken, 1.1. Interne Reproduktionsbedingungen des 'Modells Deutschland', 1.2. Außenpolitische Situation und Rolle der BRD; 2. Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

*Rundbrief:* Der Rundbrief der Sozialistischen Konferenz erscheint unregelmäßig ca. alle 2 Monate; im Abonnement kosten 10 Ausgaben DM 25.—

*Ökologie und Sozialismus.* Ausgewählte Beiträge von Altvater, Bahro, Esche, Füllgraf, Haug, Hildebrandt, Negt, Marcello, Massarat, Plato, Trampert, Trepl, Wolf. (Materialien zur Sozialistischen Konferenz, Bd. 2) erscheint zur Buchmesse 80. Der Band wird ca. 100 Seiten umfassen und im Buchhandel für DM 7.— angeboten werden.

Abonnements und Buchbestellungen (zum gleichen Preis) bei: *Rundbrief*, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1, Tel. 05 11 - 17618

Bitte bis auf Weiteres bar zahlen!